
GRÜNES

AUS DEM RATHAUS

2015 | 02

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf

Gute Bildung

3 Schritte für bessere Kitas

Rathaus Wilmersdorf wird
Flüchtlingsunterkunft

Hall of Fame



Willkommen im Rathaus



Unsere Fraktionsmitglieder

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

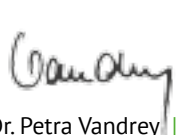

auf diesen Seiten können Sie sich umfassend über die Arbeit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf informieren. Seit 2011 gestalten wir Politik im Bezirk. Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich in dieser Zeit positiv verändert. Viele unserer Ziele und Forderungen konnten wir angehen und umsetzen, andere Herausforderungen liegen noch vor uns. Miteinander grün gestalten, das heißt für uns: ganz konkret vor Ort den sozialen und ökologischen Wandel voranzubringen - für eine Stadtgesellschaft, an der alle teilhaben.

Wir meinen, dass gerade kommunalpolitisches Engagement in Berlin und seinen Bezirk wichtig, wirksam und spannend ist, weil hier alle Herausforderungen und Chancen die Menschen hautnah und persönlich betreffen. Einblicke bekommen Sie in die Bildungspolitik unseres Bezirks, in die Flüchtlingsarbeit und Verbesserungen im Radverkehr. Wie stellen sich die Eltern eine gute Kita vor? Hier stellen sie Forderungen an die Politik. Wirtschaft im Bezirk wird beleuchtet vom ICC über das Charlottenburger Innovations-Centrum bis zum Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum. Was braucht eine wachsende Stadt und wie können Sie an der Gestaltung teilhaben?

Gestalten Sie mit. Lassen Sie von sich hören. Ihre Fragen, Anregungen für Themen und Kritik nehmen wir gerne auf.

Ihnen viel Spaß beim Lesen wünschen





Dr. Petra Vandrey | Christoph Wapler
Fraktionsvorsitzende

Inhaltsverzeichnis

Dr. Petra Vandrey Gute Bildung braucht gutes Personal & gute Räume	5
Helena Baumeister, Thorsten Knappe, Bernd Schwarz Gastbeitrag des Bezirksselternausschusses der Kindertagesstätten	8
Jenny Wieland »Hall of Fame« – Legale Spraywände auf der Mierendorff-Insel	11
Susan Drews Der Grunewaldsee – ein Juwel unseres Bezirks?	12
Dr. Volker Heise Grün in der wachsenden Stadt	13
Ansgar Gusy Zum Umgang mit öffentlichen Grundstücken	15
Christoph Wapler SIWA: Almosen vom Senat statt auskömmliche Ausstattung der Bezirke	17
Alexander Kaas Elias Berlin und seine Bezirke brauchen ein neues Gesundheitsdienstgesetz	18
Alexander Kaas Elias Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf – Eingliedern statt verwalten	19
Alexander Kaas Elias & Christine Rabe (UCW) Gemeinsam statt einsam Bündnisgrüne Wirtschaftspolitik mit dem UCW	20
Dagmar Kempf CHIC – ein Ort für innovativen Spirit	21
Roland Prejawa Grüner Pfeil für Radfahrer	22
Roland Prejawa & Alexander Kaas Elias Wilmersdorfer Rathaus wird Flüchtlingsunterkunft	23
Nicole Ludwig & Roland Prejawa Müller hat entschieden: das ICC wird saniert	24
Unsere Fraktion in der BVV	26





Gartenprojekt der Reformschule
am Kracauer Platz



Dr. Petra Vandrey
Fraktionsvorsitzende
und Schulpolitische
Sprecherin

Gute Bildung braucht gutes Personal & gute Räume

Gute Schulen für unseren Bezirk – auf dem Weg zur Inklusion

□ Immer mehr Schulen im Bezirk machen sich auf den Weg, Schüler*innen mit und ohne Behinderungen gemeinsam zu unterrichten. Und trotz noch unzureichender Ausstattung und längst noch nicht zerstreuter Sorgen auf Seiten der Eltern funktioniert das Konzept an vielen Schulen gut.

Individuellen Bedürfnissen gerecht werden

Ziel grüner Bildungspolitik ist es, Schulen zu Lern- und Lebensorten für Kinder und Jugendliche zu machen, in denen kein Kind zurückgelassen wird. Grüne Bildungspolitik folgt der Leitidee, dass Schule auf Schüler*innen und ihren jeweiligen Entwicklungsstand und ihre individuellen Bedürfnisse flexibel eingehen muss. Hierfür braucht es Zeit und die notwendige Ausstattung. Dies gilt besonders für die Inklusion. Wir wollen die Weiterentwicklung unseres Bil-

dungssystems hin zu einem inklusiven System, jedoch nicht als »Hauruck-Aktion«, sondern gut durchdacht und ausreichend finanziert. Das ist gerade in Zeiten knapper Kassen keine leichte Aufgabe. Der Bezirk ist auf die finanziellen Mittelzuweisungen durch das Land angewiesen.

Auf gutem Weg zur Inklusion

Der Weg zur Inklusion wird ein längerer Prozess – und wir sind schon mittendrin! Viele Schulen haben sich von einer Unterrichtsgestaltung verabschiedet, die davon geprägt war, dass alle Kinder in gleichem Tempo gleiche Ergebnisse abliefern müssen. Förderzentren, in denen Kinder mit Behinderungen gesondert unterrichtet wurden, laufen nach und nach aus, die Kinder werden an Regelschulen aufgenommen. Eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Inklusion übernehmen bei uns im Bezirk die Comenius-Schule, die Grundschule am Rüdeshheimer Platz, die Paula-Fürst- und die Reinfelder Schule. Auch die Reinhold-Otto-Schule hat sich das Profil Inklusionsschwerpunktschule gegeben. Mit der Comenius-Schule haben wir einen Leuchtturm inklusiver Pädagogik mit dem Schwerpunkt Autismus im Bezirk.



Beratung & Unterstützung aufbauen

Im Juni 2015 konnte im Eichkamp das SIBUZ, das Schulpsychologische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentrum, Eröffnung feiern. Hier wurden erstmals unter einem Dach die schulpsychologische Beratung und ein Beratungszentrum für inklusive Pädagogik zusammengefasst. Das SIBUZ in unserem Bezirk soll Modellcharakter für alle Bezirke haben. Es dient als Anlaufstelle für Lehrkräfte und Eltern. Die Psycholog*innen sind Ansprechpartner*innen für schulbezogene psychologische Fragestellungen. Außerdem werden Eltern und Lehrkräfte zum Thema Inklusion beraten und unterstützt.

Ängste und Sorgen der Eltern ernst nehmen

Wir als Grüne sind davon überzeugt, dass es richtig ist, den Weg zur Inklusion weiter zu gehen und Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam zu unterrichten und aufwachsen zu lassen. Die konsequente Eingliederung von Kindern mit Förderbedarf braucht jedoch geeignete Räume und vor allem eine Begleitung durch gut ausgebildete Fachkräfte. Ängste und Sorgen von Eltern müssen ernst genommen werden. Es reicht nicht, mit knappen Mitteln zu improvisieren.

Gute Schulen brauchen gute Räume – Schulsanierung tut not

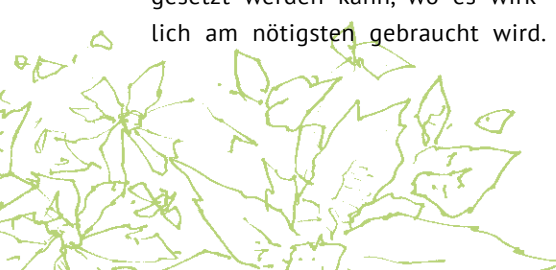
Viele Schulen im Bezirk sind in einem schlechten Zustand. Die Grünen fordern ein Sanierungskonzept auf Landesebene, das mehr Geld für die Schulen bereitstellt, das dort eingesetzt werden kann, wo es wirklich am nötigsten gebraucht wird.

Es muss mehr passieren als die Sanierung der Schultoiletten

Der bauliche Zustand unserer Schulen sagt viel darüber aus, wie unsere Stadt mit ihrer Zukunft umgeht. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht von baulichen Mängeln an Schulen, herabfallendem Putz, kaputten Fenstern oder der Schließung von Schulräumen wegen nicht bezahlbarer Sanierungserfordernisse berichtet wird. Die Bezirke können nur die Mittel verbauen, die ihnen durch das Land zugewiesen werden. So fordern die Grünen auf Landesebene ein Schulsanierungskonzept, mit dem mehr Geld für die Schulen zur Verfügung gestellt wird und das dafür Sorge trägt, dass die Mittel auch wirklich bei den Schulen ankommen. Wir brauchen nicht diverse Einzelprogramme - beispielsweise für Schultoiletten. So wichtig vernünftige Schultoiletten sind, der Bezirk braucht mehr Mittel für die Schulen insgesamt, um nicht immer nur bei einzelnen Schulen das Nötigste finanzieren zu können, sondern die Schulen flächendeckend im Bezirk gut auszustatten – Inklusion kann nur gelingen, wenn die Schulen auch räumlich gut ausgestattet sind.

Zusätzliche Gelder aus dem SIWA

Aus dem Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA) haben die Bezirke jetzt zusätzliche Gelder

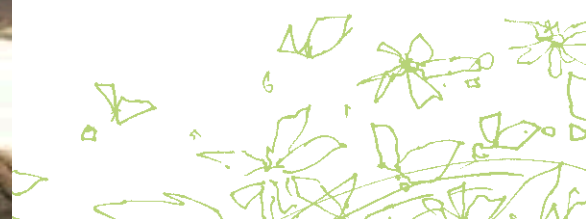




erhalten, davon ein Großteil für die Schulsanierung. In unserem Bezirk werden fünf Schulen davon profitieren. Dies ist zu begrüßen, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch an anderen Schulen in Charlottenburg-Wilmersdorf erheblicher Sanierungsbedarf besteht, für den kein Geld da ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Mittel vom Land in die Bezirke fließen, und zwar vor allem in unsere Schulen, die das dringend nötig haben.

Willkommensklassen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien in unserem Bezirk

An den Schulen unseres Bezirks wurden inzwischen zahlreiche Lerngruppen für Kinder ohne Deutschkenntnisse eingerichtet – die sogenannten Willkommensklassen. Hier lernen Kinder aus Flüchtlingsfamilien Deutsch mit dem Ziel, in die Regelklassen ihrer Schule wechseln können, sobald sie die Sprache ausreichend beherrschen. Das klappt schon ganz gut. An vielen Grund- und Oberschulen unseres Bezirks sind Lehrkräfte engagiert dabei, Kindern aus Flüchtlingsfamilien dabei zu helfen, deutsch zu lernen, damit sie nicht länger als nötig in gesonderten Lerngruppen bleiben, sondern die Regelklassen besuchen können und so Teil des Schulalltags werden. So ist es zum Beispiel gelungen, die Kinder aus der Flüchtlingsunterkunft Eschenallee im Westend in Lerngruppen der umliegenden Grund- und Oberschulen aufzunehmen. Für eine möglichst gute Unterbringung von Geflüchteten, insbesondere der Aufnahme der Kinder aus Flüchtlingsfamilien in unserem Bezirk, haben wir uns als grüne Fraktion von Anfang an eingesetzt und werden dies weiterhin tun. Ein großer Dank gebührt hier aber vor allem den vielen zahlreichen ehrenamtlichen Helfer*innen, die durch Spenden und Tatkraft dafür gesorgt haben, dass in unserem Bezirk eine ganz überwiegend positive Haltung gegenüber geflüchteten Familien entstanden ist.



Gastbeitrag des Bezirkseletern- ausschusses der Kindertagesstätten Charlottenburg-Wilmersdorf



Helena Baumeister
Vorsitzende der
Kita-Eltern

□ Als Sprachrohr der Eltern von über 11.000 Kita-Kindern im Bezirk wollen wir diesen Gastbeitrag nutzen, um drei Probleme zu thematisieren: Drei Fragen, die Eltern immer wieder an uns herantragen. Drei Fragen, die die Politik beantworten muss.

Warum müssen wir in Charlottenburg-Nord so lange auf einen Kita-Platz warten?

Wir haben einige große Kitas und wenige kleine hier oben nördlich der Spree. Die Plätze reichen einfach nicht für die hier lebenden Kinder. Über 200 Kita-Plätze fehlen. In unseren Sprechstunden hören wir immer wieder: »Ich möchte arbeiten, aber die Kitas sind voll.« Viele Familien haben nicht das Geld für alternative Lösungen, etwa für die Fahrt in andere Stadtteile oder für zusätzliche Elternbeiträge in teuren EKTs. Wer mit Müttern spricht, die seit Jahren nicht arbeiten können, weil sie auf einen Platz in einer guten, großen Kita warten, merkt ganz schnell: hier wird Armut betoniert. Wer aber Kindern Bildung ermöglicht und damit vor allem die Erwerbstätigkeit von Müttern fördert, kommt seiner politischen Verantwortung nach. Deshalb werden wir Kita-Eltern ganz genau darauf achten, was zum Beispiel am *Bildungsstandort Halemweg* weiter geschieht. Hier entscheidet der Bezirk, ob Wohnungsneubau mit dem dringend nötigen Ausbau von Kitas, Schulen, Spiel- und Sportplätzen einhergeht – oder eben nicht.



Thorsten Knappe,
stellv. Vorsitzender

Was darf ich als Elternteil?

Seit 7 Jahren bin ich Elternvertreter in einer kirchlichen Kita in Wilmersdorf. Für mich war immer klar: Elternbeteiligung heißt: mitanpacken,

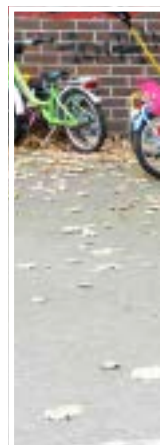
mithelfen, mitbestimmen. Für viele Kita-Eltern ist das aber nicht selbstverständlich. Immer wieder begegnen uns Kitas, in denen die gesetzlich vorgeschriebene *Elternbeteiligung* auf Kuchenbacken für den Basar reduziert wird. Eltern und Erzieher*innen werden über ihre Rechte im Unklaren gelassen. »Kita-Ausschuss« scheint ein Fremdwort. Noch immer fürchten viele Träger und auch Kita-Leitungen, Eltern würden sich in alles einmischen, sobald man ihnen den kleinen Finger reicht. Noch immer fehlen aber auch Regional-AGs für Kitas in Charlottenburg-Wilmersdorf. Und wenn es sie gibt, werden Eltern dazu nicht eingeladen – im Gegensatz zu allen anderen Bezirken. Elternbeteiligung sollte nicht nur bei der Umsetzung des Berliner Kitagesetzes und der verbindlichen Qualitätsvereinbarungen »zugelassen« sein. Politik und Träger sollten die Vorteile einer *Erziehungs- und Bildungspartner-schaft auf Augenhöhe erkennen und nutzen*. Wir erkennen die Professionalität des Fachpersonals an. Wir Eltern wollen aber auch selbst in der Kompetenz für unsere Kinder anerkannt werden.

Eine Erzieherin für 15 Kinder? Das kann doch nicht Bildung und Betreuung sein!

Kita ist eine Bildungseinrichtung. Neugier, Selbstbewusstsein, Bewegung, Lernen fördern – das sind die Aufgaben der Pädagog*innen für jedes einzelne Kind. Dies soll alles dokumentiert werden. Dann noch Kinderschutz, Elterngespräche, Dienstbesprechungen, Gremiensitzungen, Tage der Offenen Tür, Sommerfeste, Weihnachtsmärkte u.v.m. Unsere Hochachtung für die Leistung der Erzieher*innen und



Bernd
Schwarz
stellv.
Vorsitzender



Das BERLINER KITABÜNDNIS fordert 3 Schritte für die nächsten 3 Jahre!



Kita-Leiter*innen. Aber mal ehrlich: das schafft auf Dauer doch niemand, wenn so wenig Personal in der Kita ist. Eltern beschwerten sich bei uns im BEAK, dass wieder nur ein/e Erzieher*in auf viel zu viele Kinder »aufgepasst« hätte, dass Ausflüge ausgefallen sind oder Angebote nicht mehr gemacht werden können. Wir können da immer wieder nur den sog. Betreuungsschlüssel erklären; dass da Krankheit, Urlaub, Fortbildung, Dokumentation schon alles mit verrechnet sei. Wir kämpfen weiter gegen den deutschlandweit schlechtesten Betreuungsschlüssel – vor allem bei den Kindern unter drei Jahren. Wir fordern Senat und Parteien auf, die Forderungen des Berliner Kitabündnis umzusetzen.

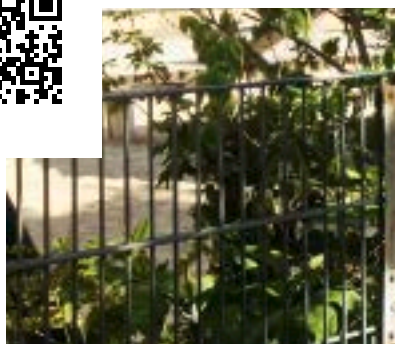
Alle Infos zum BEAK Charlottenburg-Wilmersdorf unter: www.beak-cw.de



- 1.** Die Jüngsten brauchen mehr Erzieher*innen! Eine Erzieherin soll für nicht mehr als vier Kinder unter 3 Jahren zuständig sein. In einem ersten Schritt soll dazu eine Verbesserung der gesetzlichen Fachkraft-Kind-Relation bei Kindern unter 3 Jahren um jeweils ein Kind erfolgen.
- 2.** Gute Kita braucht gute Leitung! Kita-Leitungen sollen im Umfang einer Vollzeitstelle ab einer Anzahl von 80 Plätzen freigestellt sein.
- 3.** Berlin braucht Kitaplätze! Die Investitionen in den Kitaplatzausbau durch das Land Berlin müssen verstärkt werden. Instrumente und Verfahren müssen überprüft, bestehende bürokratische Hürden beseitigt werden.

#SchrittefürbessereKitas

www.berliner-kitabuendnis.de



BERLINER KITABÜNDNIS
Auf die **KLEINEN** kommt es an!





Jenny Wieland
Sprecherin für
Baupolitik und
Grünflächen

»Hall of Fame« Legale Spraywände auf der Mierendorff-Insel

□ Im Rahmen des regelmäßigen bezirklichen Kiezspaziergangs wurde am 11. Juni 2015 der Rundweg um die Mierendorff-Insel eröffnet und damit auch der Startschuss gegeben für die Umsetzung einer grünen Initiative im Bezirk: Das Modellprojekt »Legale Spraywand«.

Zu Beginn des Jahres war der grüne Antrag zu diesem Modellprojekt zu unserer Freude einstimmig in der BVV angenommen worden. Eine sich seit Jahrzehnten in der Illegalität befindliche Jugendkultur, die Graffiti-Kunst, die trotz aller Repressalien ihre Aktualität für Jugendliche nie verloren hat, soll Möglichkeiten erhalten ihre Kunst auf legale Art und Weise zu zeigen. Legalität erlaubt den Sprayern, nicht mehr in Nacht und Nebel agieren zu müssen, sondern sich intensiv mit einer Fläche zu beschäftigen und so ihr ganzes Können zu zeigen. Denn innerhalb der Sprayerkultur gelten strenge Regeln: Legale Flächen werden mit Codes versehen, die anderen Sprayern deutlich machen, dass dieses Graffiti offiziell gestattet und gesichert ist und mit wem man sich ggf. anlegen würde, wenn die Fläche einfach unerlaubt übermalt würde. Die Qualität eines legalen Graffitis unterscheidet sich erheblich von den simplen »Tags«, die mit der Geschwindigkeit des Verbotenen aufgetragen werden müssen. Mit legalen Flächen wird einer wichtigen Jugendkultur die Chance gegeben, ihren Platz im öffentlichen Raum angemessen einzunehmen. Aufgrund eigener familiärer Erfahrungen weiß ich, wie dankbar junge Sprayer über diese Möglichkeit sind.

In unserem grünen Antrag wird das Bezirksamt daher aufgefordert, geeignete Flächen zu kartieren und auszuweisen. Es sollen bezirkseigene Flächen zur Verfügung gestellt, Eigentümer

von Garagen oder Supermärkten angesprochen und bei der rechtlichen Klärung mit den Eigentümern von Brückenunterführungen (wie Bund oder Bahn) Unterstützung geleistet werden. Als Bewohnerin des Mierendorff-Kiezes im Norden Charlottenburgs erschien mir der fußläufige Rundweg um die Mierendorff-Insel mit seinen vielen Mauerbegrenzungen und Brücken ein geeigneter Startpunkt für das Projekt zu sein.

Sehr froh war ich deshalb, als auf meine Initiative hin das an der Mierendorffstraße an-



sässige Kiezbüro die Idee aufgriff und an das Gottfried-Keller-Gymnasium und den Jugendclub Kamminer Straße herantrat. Die Jugendlichen waren begeistert. Schnell entstand der Plan, zur Einweihung des Insel-Rundwegs eine erste Wand zu besprühen: die »Hall of Fame«. Viele weitere sollen folgen, wenn die CDU-geführte zuständige Verwaltung ihren Widerstand aufgibt. Auf dem Kiezspaziergang gab es schon mal bei einer spontanen Abstimmung unter den Anwesenden einen Zuspruch von etwa 250 zu 3 für das Projekt. Deutlicher kann man es kaum ausdrücken.



Susan Drews
Umweltpolitische Sprecherin,
Ausschussvorsitzende für Umwelt und
Naturschutz

Der Grunewaldsee – ein Juwel unseres Bezirks oder doch nur ein Hundebadesee?

□ Der Grunewaldsee ist von einer beliebten Badestelle zu einem See mit hohem Verschmutzungsgrad und zum Hundebadesee geworden. Das muss nicht so bleiben. Alternativen für eine gemeinsame Nutzung von Hund und Mensch und für einen sauberen See sind denkbar.

Vom beliebten Badesees zum verschmutzten Gewässer

Ich bleibe beim Thema Seen: Nachdem ich mich in unserer ersten Ausgabe dem Halensee gewidmet habe, der hoffentlich bald wieder zum Badesees wird, möchte ich Sie an meinen Betrachtungen und Ideen zum Grunewaldsee teilhaben lassen.

Er ist der größte See im Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf, gelegen mitten im Grunewald, nur Teile am südöstlichen Ufer mit dem Jagdschloss Grunewald – das älteste Schloss der Stadt – gehören schon zum Nachbarbezirk.

Der See gehört zum Landschaftsschutzgebiet Grunewald. Ein Teil des Uferbereichs ist als Naturschutzgebiet ausgewiesen und gleichzeitig ist der Grunewaldsee das beliebteste Berliner Auslaufrevier für Hunde – ein fortwährender Interessenkonflikt.

In meinen Kindertagen war ein Ausflug zu dem gut erreichbaren See mit seiner ausgewiesenen FKK-Badestelle »Bullenwinkel« ein häufiges Ziel, auch wenn gegen Abend das Publikum oftmals mehr der Flüssigkeit aus der Flasche frönte als dem kühlen Nass des Sees.

Doch mit den Jahren war ein fröhliches Baden nicht mehr möglich, da immer mehr Hunde mitplantschen wollten; und ich, die ich schon immer Angst vor Hunden hatte, flüchtete. Ja wohin? Zum Halensee.

Der Grunewaldsee liegt im größten Hundeauslaufgebiet Europas und es gibt dort eigentlich nur eine offizielle Hundebadestelle. Dies schien aber niemanden zu interessieren und mit den Jahren kippte das Gleichgewicht zwischen Spazierenden, Badenden, ruhe- und natursuchenden Menschen und Hundebesitzer*innen zugunsten der letztgenannten Gruppe. So ist der See heute fest in Besitz der Hundeliebhaber*innen und gebadet wird, wo Wuffi, Lasso, Lex und wie sie noch so heißen eben reinspringen. Die übrigen Freund*innen des Sees mussten wohl oder übel das Feld räumen. Hinzu kam dann im Jahre 2004 noch ein generelles Badeverbot, da die Verschmutzung mit Colibakterien zu hoch war, was den See zusätzlich unattraktiv machte.

Hundeliebhaber*innen und Badenden gleichermaßen Rechnung tragen

Seit Jahren gibt es Versuche, den See wieder allen Bürger*innen zugänglich zu machen. Leider sind sie bisher alle gescheitert. Doch in einer immer dichter besiedelten Stadt muss es möglich sein, unsere z. T. unter Naturschutz stehenden Gebiete zu bewahren und Lösungen zu finden, die sowohl dem Naturschutz, den erholungssuchenden Menschen, als auch den Freund*innen der Hunde Rechnung tragen.

Trauen wir uns neue Modelle zu denken. Nichts muss bleiben wie es ist bzw. wie es geworden ist.

So wurde ein erster Schritt von uns gemacht, auch Hundeauslaufgebiete in Brandenburg zu schaffen, da es diese bisher nicht gibt. Dies könnte eine Entlastung für den Grunewaldsee schaffen, denn auch von dort kommen zum Teil Hundeausführfirmen, die dann gleich 8–12 Hunde mit sich führen.

Auch wäre es denkbar, Hundeauslaufgebiete mit kleinen Badeanstalten zu schaffen. Ideen gibt es viele. Lasst sie uns denken und entwickeln, sodass der Grunewaldsee vielleicht irgendwann einmal wieder auch von Menschen als Badesees genutzt werden kann.





Dr. Volker Heise
Sprecher für
Stadtentwicklung

Grün in der wachsenden Stadt

□ Wir wollen die Lebensqualität in Berlin erhalten. Für die wachsende Zahl der Einwohner*innen brauchen wir nicht nur mehr Wohnungen, wir brauchen auch mehr Grünflächen – mehr Gärten und Parks, mehr begrünte Höfe und mehr baumbestandene Straßen, aber auch mehr bepflanzte Dächer und Hauswände. Da Grünflächen *in* der Stadt nicht ohne weiteres vermehrbar sind, müssen die derzeit vorhandenen gesichert und verbessert werden. Die Pflege unserer öffentlichen Parks wird durch den zu geringen Personalbestand immer schwerer. Die Instandsetzung und Qualitätsverbesserung geht nur langsam voran.

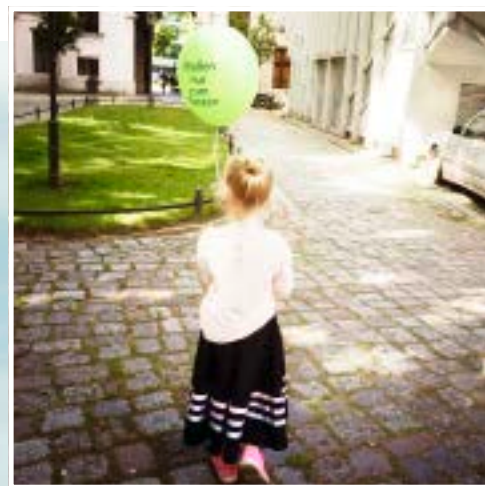
Unsere Grünanlagen werden heute ganz anders genutzt als früher. Der wachsende Anteil alter Menschen, aber auch veränderte Formen kollektiver Nutzungen durch junge Menschen und durch Tourist*innen, öffentliches Feiern und Spielen unter freiem Himmel ziehen einen erhöhten Pflegebedarf nach sich und eine phantasievolle Gestaltung unserer Gärten und Parks.

Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung heißt unter anderem: Kaputte Bänke müssen ersetzt werden. Neben mehr Grünflächen für Bewegung und Feiern auf Wiesen und an Wasserflächen brauchen wir auch »Augenparks« für die ältere Generation mit kunstvollen Blumenrabatten und phantasievollen Brunnen und Wasserflächen an den Rändern der immer stärker genutzten Rasenflächen.

Wenn die öffentliche Hand Wohnungsbauprogramme auflegt und zunehmend mehr Flächen für den Wohnungsbau bereitstellt und planerisch sichert, muss sie parallel eine ih-

rer ureigensten Aufgaben, die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Parkanlagen, erfüllen. Nötig wäre eine bezirkswise Bestandaufnahme vorhandener und potentieller Grünflächen und die Einbettung der Flächen und Grünverbindungen in den gesamtstädtischen Zusammenhang durch Bezirke und Senat. Daraus wäre ein Grünflächenverbesserungsprogramm zu entwickeln, um in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit für die Erholungsflächen zu schaffen und so die Bereitstellung öffentlicher Mittel zu verbessern.

Der grüne öffentliche Raum ist eine Voraussetzung für den Erhalt der Lebensqualität und der Gesundheit der Bürger*innen und zur Verbesserung einer anspruchsvollen Stadtkultur.







Ansgar Gusy
Sprecher für
Bürgerbeteiligung und
Liegenschaften

Kita oder Grünfläche, Kultur oder Sport? Zum Umgang mit öffentlichen Grundstücken

Die Liegenschaften des Bezirks und des Senats wurden jahrelang als Finanzpolster gesehen. Sie wurden verkauft, um die Schulden zu senken. Nach intensiver Diskussion und starkem öffentlichem Druck hat sich der Senat entschlossen, sich vom Prinzip des Verkaufs aller nicht benötigten Grundstücke zum höchsten Preis zu verabschieden. Jetzt sollen alle Liegenschaften und Grundstücke erfasst und danach bewertet (geclustert) werden, ob sie für öffentliche Aufgaben noch benötigt oder aber verkauft werden können. Beim Verkauf soll dann nicht unbedingt der Preis, sondern auch ein Nutzungskonzept entscheiden, wer den Zuschlag bekommt.

Die Bewertung, welche Grundstücke benötigt werden, wird vornehmlich der Senat treffen. Im zuständigen Entscheidungsgremium ist er mit der Finanz- sowie der Stadtentwicklungsverwaltung vertreten. Weitere Mitglieder sind die BIM (Berliner Immobilienmanagement) und nur ein/e Vertreter*in der Bezirke. Das Verfahren ist unübersichtlich und nicht transparent. Der Senat hat den Wohnungsgesellschaften Grundstücke zur Verfügung gestellt, um dort preiswerte Wohnungen zu bauen, in Charlottenburg z.B. in der Quedlinburger Straße und der Arcostraße. Neben Wohnungen soll im ehemaligen Haus des Sports auch eine Kita geplant werden.

Eine Beteiligung der Bezirksverordneten oder Einwohner*innen ist bisher nicht geplant. Die Fristen sind auch zu kurz, um über einzelne Grundstücke zu diskutieren. Dabei wäre ein Gesamtkonzept auf Grundlage von Bedarfsanalysen dringend notwendig, um herauszufinden, wo Kitaplätze fehlen, oder wo Sportmöglichkeiten oder Grünflächen gebraucht werden. In einem Antrag beauftragten wir das Bezirksamt, Bestand und Bedarf an öffentlichen Flächen und Einrichtungen aufzuzeigen. Für die dafür notwendige Vorarbeit ist eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe im Bezirksamt nötig. Doch nicht nur innerhalb des Bezirks herrscht Funkstille,

sondern auch zwischen Senat und Bezirk mangelt es an Kommunikation, wenn es um Liegenschaften des Senats oder seiner Betriebe geht. Dabei könnte beispielsweise eine Kita auch auf einem senatseigenen Grundstück gebaut werden, wenn der Bedarf besteht und der Bezirk keine Fläche hat.

Auch der Bund verkauft viele Flächen in Berlin, möglichst gegen Höchstpreis. Die Grüne Bundestagsabgeordnete Lisa Paus hat das kritisiert und fordert, die Wohnimmobilien für preiswertes Wohnen zu sichern. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich in einem Antrag für eine nachhaltige und zukunftsweisende Liegenschaftspolitik des Bundes ein.

In Friedrichhain-Kreuzberg hat das Bezirksamt mit der Grünen Fraktion einen Verkauf des Dragoner Areal zum Höchstpreis bisher verhindert. Ähnliche strategische Überlegungen des Bezirksamtes unseres Bezirks sind nicht bekannt.

Nur wenn die öffentliche Hand auf allen Ebenen gemeinsam ihre Liegenschaften betrachtet, kann für den Bezirk ein vernünftiges Konzept herauskommen, das breit diskutiert werden sollte.

Große Anfrage zur Liegenschaftspolitik



www.gruenlink.de/zvh

Antrag zur Liegenschaftspolitik



www.gruenlink.de/zvi

Antrag der Bundestagsfraktion



www.gruenlink.de/zvj





*Die Hertzallee soll zum Ernst-Reuter-Platz geöffnet werden,
um den Campus zum Platz zu öffnen*



Christoph Wapler
Fraktionsvor-
sitzender & Haus-
haltspolitischer
Sprecher

SIWA: Almosen vom Senat statt auskömmliche Ausstattung der Bezirke

□ Haushaltsnotlage war gestern. In Zeiten der Hochkonjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen lässt der Senat Geld über die Stadt regnen. Der halbe Jahresüberschuss 2014 geht in das »Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt« (SIWA): eine knappe halbe Milliarde Euro für Investitionen in die kaputtgesparte Daseinsvorsorge – darunter mehr als 100 Millionen für ruinierte Schulgebäude, Spielplätze, Sport- und Grünflächen in den Bezirken. Und ein paar Millionen fallen auch für Charlottenburg-Wilmersdorf ab.

Auch die Senatskoalition hat also mittlerweile bemerkt, Berlin wächst. Immerhin. Allerdings: die Umlage von einmal erzielten Haushaltsüberschüssen in ein Sanierungsprogramm hat mit »wachsender Stadt« nichts zu tun. Nach jahrelangem Fahren auf Verschleiß deckt SIWA berlinweit gerade einmal fünf Prozent des aufgelaufenen Sanierungsstaus ab. Was seinerzeit als »Sparkurs« propagiert wurde, führt heute zu enormen Mehrausgaben.

Wenn es trotz fortgesetztem Personalabbau gelingt, die Gelder auch tatsächlich zu verbauen, dann sind zwar einige auserwählte Ruinen im Bezirk instandgesetzt; der Rest aber verfällt weiter. Und zusätzliche Investitionsmittel, für dringend benötigte Kitaplätze etwa oder für Flüchtlingsunterkünfte, sind vom Senat nicht vorgesehen.

Wo Investitionen nach Kassenlage bewilligt und aus unterjährigen Schattenhaushalten finanziert werden, muss eine nachhaltige Haushaltspolitik ansetzen: der Bezirk muss endlich langfristig und dauerhaft so ausgestattet werden, dass er nicht nur den Sanierungsstau an-

gehen, sondern auch mit dem Bedarf der vielen Neuberliner*innen Schritt halten kann. Und zur zentralen Forderung nach einer transparenten und verlässlichen Finanzierung gehört ebenso das Personal, um Investitionen auch planen und umsetzen zu können.

Bei einer nachhaltigen Haushaltspolitik wären konjunkturabhängige Programme wie SIWA überflüssig. Wo der Bezirk genügend Geld zugewiesen bekäme, wo ihm auch eine angemessene Personalausstattung zugebilligt würde, da müsste der Senat nicht eilig Sonderfonds einrichten, um die größten Spuren der jahrelangen Kürzungspolitik mühsam zu kaschieren.

Stattdessen geht das Fahren auf Verschleiß weiter. Bis heute hat der Senat seine Geringschätzung für die Arbeit der Bezirksverwaltungen nicht abgelegt. Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf muss weiterhin zusehen, wie er die Löcher in seinem Haushalt schließt. Und ob das Land Berlin auch in den nächsten Jahren noch Hilfspakete schnüren kann und will, steht in den Sternen.

Deshalb bleiben alle aufgelegten Sonderprogramme Flickschusterei. Für die Aufgaben der »wachsenden Stadt« brauchen die Berliner Bezirke langfristige Planungssicherheit und dauerhaft auskömmliche Mittel für Investitionen. Das heißt zuallererst, dass der Senat die Bedeutung der in den Bezirken geleisteten Arbeit anerkennt und fair finanziert. Denn kommunale Daseinsvorsorge für die Bürger*innen funktioniert nur vor Ort. Eben dieser Verantwortung stellt sich die Bezirksverwaltung Tag für Tag.

Berlin und seine Bezirke brauchen ein **neues Gesundheitsdienstgesetz**



Alexander
Kaas Elias

Sozialpolitischer
Sprecher

Der von rot-schwarz in Berlin für Landes- und Bezirksebene verordnete Personalabbau schlägt überall durch. Auch im öffentlichen Gesundheitsdienst wirkt er sich in Bezirken aus. Erschwerend kommt hinzu, dass die Stellen im Bezirksamt schlecht bezahlt sind. Jede*r Mediziner*in in einem Krankenhaus verdient mehr Geld. Ein Grund dafür, dass ein Viertel der Stellen im Gesundheitsamt nicht besetzt sind – und das in allen Berliner Bezirken! Wenn sich der Senat von Berlin und die Große Koalition nicht aufraffen, ein Personalentwicklungskonzept aufzustellen und zu finanzieren, das dem Bedarf in der Stadt gerecht wird, wird sich die Versorgung der Bevölkerung durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) in den Bezirken weiter verschlechtern.

Schon jetzt kann das vorgesehene Mustergesundheitsamt nicht ansatzweise umgesetzt werden. Laut Antwort des Gesundheitsstadtrates Engelmann auf unsere Große Anfrage kann das Gesundheitsamt seinen gesetzlichen Aufgaben zum Teil nicht nachkommen, weil nicht genü-

gend Fachkräfte vor Ort sind. Eine solche Personalsparpolitik wird sich mittel- bis langfristig rächen und die Folgekosten werden die jetzt benötigten Mittel überschreiten. Das Problem muss jetzt angegangen werden und nicht erst zum Ende der Legislaturperiode 2016. In dem Jahr läuft das aktuell gültige Gesundheitsdienstgesetz aus. Dieses zu verlängern wäre nur eine Notlösung. Berlin und seine Bezirke brauchen jetzt einen Öffentlichen Gesundheitsdienst, der den Herausforderungen der Stadt gewachsen ist. Sonst werden wir keine präventive Gesundheitspolitik für die Menschen in der Stadt mehr umsetzen können, die eingreift, bevor die Folgen teurer werden: Das wird ein böses Erwachen werden!

**Kleine Anfrage der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antwort
des Bezirksamtes »Evaluierung des
Öffentlichen Gesundheitsdienstes«**



www.gruenlink.de/zv4

**Große Anfrage der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antwort
des Bezirksamtes »Personalnot auch
im Gesundheitsamt in Charlottenburg-
Wilmersdorf?«**



www.gruenlink.de/zv5

**Bericht zur »Evaluation und Bewertung
des ÖGD-Zentrenkonzepts« –
Zwischenbericht zur Umsetzung des
Mustergesundheitsamtes**



www.gruenlink.de/zr5

Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf Eingliedern statt verwalten

□ Eingliederungsmittel stehen den Jobcentern z. B. für Arbeitsgelegenheiten, Weiterbildung und Coaching zur Verfügung, um langzeitarbeitslose Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Daraus werden unter anderem Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen bezahlt. 2015 stehen dem Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf inklusive Zuteilung aus Restmitteln ungefähr 23 Mio € für Eingliederungsleistungen zur Verfügung. Das sind 2,3 % weniger als im Vorjahr und leider werden diese Mittel nicht voll ausgeschöpft und teilweise für Verwaltungskosten umgeschichtet. 2014 wurde hierfür vom Geschäftsführer des Jobcenters Andreas Peikert und Stadtrat Carsten Engemann im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit noch der Umzug des Jobcenters von der Bundesallee in Wilmersdorf an das Goslarer Ufer 37 in Charlottenburg als Hauptgrund genannt. Da blieb zu hoffen, dass es 2015 besser wird. Doch auch in diesem Jahr berichtete das Bezirksamt im Ausschuss, dass die Mittel zur Eingliederung für andere Zwecke gebraucht werden. Schuld sei die Regelungslage durch den Bund, der den Jobcentern u. a. zu wenig Mittel für die steigenden Verwaltungskosten (Sach- und Personalmittel) zur Verfügung stellt.

Der Bund muss hier eine Regelung schaffen, die dafür Sorge trägt, dass die Gelder zur Eingliederung nicht zu Lasten der Arbeitssuchenden für andere steigende Kosten »missbraucht« werden. Gegebenenfalls ist der entsprechende Etat

zu erhöhen oder zu prüfen, warum die Kosten dort steigen. Zum Beispiel kann steigendem Energieverbrauch durch Effizienzmaßnahmen begegnet werden – aber auch diese Investitionen kosten erst einmal etwas, bevor sie langfristig helfen, Energie und Geld zu sparen.

Kleine Anfrage »Nutzung der Eingliederungsmittel im Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf?«



www.gruenlink.de/zr2

Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 des Jobcenters Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf



www.gruenlink.de/zv6



Alexander
Kaas Elias
Sozialpolitischer
Sprecher

Christine
Rabe
UCW

Gemeinsam statt einsam

Bündnisgrüne Wirtschaftspolitik mit dem UCW

Das UCW - Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Zukunftsort, ein Leuchtturm in unserem Bezirk.

Die bündnisgrüne Zukunftswerkstatt wählte den Konferenzraum des UCW als zukunftsweisenden Ort, ließ sich von ihm inspirieren und sprach sich dafür aus, dass es weitere solcher Zukunftsorte in Charlottenburg-Wilmersdorf geben müsste.

Seit 2005 bietet das bezirkseigene Haus in der Sigmaringer Straße 1, am U-Bahnhof Blissestraße, für über 40 Unternehmerinnen und Gründerinnen Büro- und Geschäftsräume. Hier ist ein einzigartiges Netzwerk von Geschäftsfrauen in Berlin entstanden. Das UCW bietet über 250 verschiedene Dienstleistungen an: Von der Rechtsanwältin für Sozialrecht über Nachhilfeunterricht bis zur Werbung. Ebenso haben frauenpolitische Vereine und Verbände hier ihre Büros, zum Beispiel der LandesFrauenRat Berlin e. V., der AKF - Arbeitskreis Frauengesundheit e. V. und der Deutsche Akademikerinnenbund.

Das UCW, von Frauen für Frauen im Rahmen des Bezirkslichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit entwickelt und von der Bezirksverwaltung unterstützt, ist ein Zukunftsort, der Unternehmerintum mit sozialer Verantwortung verbindet, der bezahlbare Büros bietet, Businesspläne und Kiezprojekte Gestalt annehmen lässt und die Zukunft im Dialog mit den Bürger*innen erfindet.

Dass das UCW weiterhin im Bestand des Bezirkes ist, war ein harter Kampf. Der vom Senat zu gering ausgestattete Haushalt für Charlottenburg-Wilmersdorf veranlasste das Bezirksamt von Charlottenburg-Wilmersdorf 2012, das Gebäude des UCW an den Liegenschaftsfonds abgeben zu wollen. Bei Verkauf hätte der Bezirk einen Anteil des Verkaufspreises erhalten. Die Bündnisgrüne Fraktion in der der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf sprach sich mit der SPD dagegen aus. Die Abgabe an den Liegenschaftsfonds konnte verhindert werden.

Gewonnen war noch nichts. In Berlin wurde eine neue Liegenschaftspolitik diskutiert. Die Senatsverwaltung für Finanzen hatte die Debatte noch nicht erreicht. Weiterhin sollten Gebäude des Bezirkes und des Landes, die nicht mehr dem engen Aufgabenrahmen von Bezirk und Land Berlin entsprachen, zum Höchstpreis verkauft werden. Dabei wurde nicht bedacht, welche Gebäude die Stadt langfristig braucht, um Bedarfe zu befriedigen, die einen Mehrwert für die Stadt schaffen, der sich nicht immer in Geld beziffern lässt. Dazu gehört auch das UCW. Ein entsprechender Antrag in der BVV brachte ein Umdenken. Schließlich gelang es, zusammen mit der SPD-Fraktion, den Hausverwaltervertrag bis 2020 zu verlängern. Damit ist erst einmal Planungssicherheit geschaffen. Wünschenswert ist jedoch eine dauerhafte Lösung, um solche Projekte langfristig zu erhalten. Jetzt besteht die Chance, das Zentrum weiterzuentwickeln, um noch deutlicher werden zu lassen, dass wir das UCW über 2020 hinaus benötigen.

Seit Juni 2015 engagiert sich Nicole Ludwig, Sprecherin für Wirtschaft der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Berliner Abgeordnetenhaus im Vorstand des UCW.

Das UCW - Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf feiert am 26. September sein 10-jähriges Bestehen.



Mehr Informationen unter
www.ucw-berlin.de.



Dagmar Kempf
Wirtschaftspolitische
Sprecherin

CHIC – ein Ort für innovativen Spirit



Dagmar Kempf, Lisa Paus MdB, Roland Sillmann – CHIC-Geschäftsführer & Christoph Wapler beim Besuch des CHIC

□ In unmittelbarer Nachbarschaft zur Technischen Universität Berlin, der Universität der Künste und weiteren renommierten Forschungseinrichtungen ist seit 2011 das Charlottenburger Innovations-Centrum (CHIC) als Teil des Campus Charlottenburg ansässig. Unternehmensgründer*innen sowie junge innovative bzw. kreative Unternehmen mit forschungsorientierter Ausrichtung finden hier spezielle Angebote und Unterstützungsstrukturen. In preisgünstigen Räumen und Werkstätten können Ideen zur Marktreife weiterentwickelt werden.

Im September 2015 wird der zweite Bauabschnitt des Zentrums mit insgesamt 5000 qm Fläche für Büros und Werkstätten offiziell eröffnet.

Bei unserem Vorabbesuch erklärte Geschäftsführer Roland Sillmann »Man findet hier einen höchst innovativen Spirit.« Bereits vor der Eröffnung des zweiten Bauabschnittes sind die neuen Räume zu 70 Prozent vermietet. Die jungen Firmen werden auch bei der Vernetzung und der Beschaffung von Fördergeldern unterstützt.

Sie finden hier Anregung, wie Produkte hergestellt und auch verkauft werden können. Junge Teams entwickeln Adapter gegen Sportverletzungen, Softwareprogramme für das Projektmanagement mittlerer Unternehmen, Inhouse Tools für die Postproduktion für die Filmherstellung, Software für die Mediaplanung, um Streuverluste zu verhindern, innovatives Produktdesign, Produkte für die digitale Filmbearbeitung u. v. m.

Diese zukunftsweisenden Produktentwicklungen im CHIC sind Beispiele für eine forschungsbasierte Wirtschaft, die den Wissenschaftsstandort auch für Unternehmen interessant werden lässt. Der Campus Charlottenburg gewinnt in einer Verbindung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur auf nationaler und internationaler Ebene für Forschende, Geschäftsleute und Kunstschaffende an Attraktivität.

Die ursprüngliche Initiative für den Bau des Zentrums ging von dem Projekt »Nachhaltige Vitalisierung Berlin-Charlottenburg« (Navi BC) aus, das vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, von WISTA, der TU und UdK getragen wird.

Roland Prejawa
Verkehrspolitischer
Sprecher &
Vorsitzender des
Ausschusses für
Wirtschaft, Ordnung
und Verkehr

Grüner Pfeil für Radfahrer

□ Wer kennt das nicht? Man radelt durch unsere – für Radfahrende nicht immer – schöne Stadt, doch wird ständig aufgehalten, wie z.B. durch rote Ampeln und das obwohl man nur rechts abbiegen möchte. Kein anderer Verkehrsteilnehmer stört einen daran, eben nur die Ampel, die quälend lange braucht, um auf Grün zu schalten. Auch ich erlebe auf meinem Weg durch Charlottenburg häufig solche Situationen. Dies führte zu einer Initiative, die ein neues Verkehrszeichen zum Ziel hat: den grünen Pfeil für Fahrradfahrer.

Dieser soll das Rechtsabbiegen für Radfahrer*innen an vielen Kreuzungen erleichtern, indem lange Wartezeiten wegfallen. Ähnlich wie beim grünen Pfeil für Kraftfahrzeuge wäre dort dann das Abbiegen nach rechts erlaubt, auch wenn die Ampel auf Rot steht, solange der Verkehr es erlaubt.

Damit der grüne Pfeil für Fahrradfahrer als Verkehrszeichen in Deutschland eingeführt wird, habe ich mit dem Bezirksverordneten Ansgar Gusy zusammen einen entsprechenden Antrag an das Bezirksamt gestellt, damit es sich beim Senat für den grünen Pfeil stark macht. Der Senat wiederum müsste sich auf Bundesebene für das Konzept einsetzen, da neue Verkehrszeichen Angelegenheit des Bundes sind. Ich hoffe hierbei auf schnelle Bearbeitungszeit, da nach der Wiedervereinigung mit dem Einheitsvertrag auch der grüne Pfeil aus den neuen Bundesländern im gesamten Bundesgebiet sehr zügig eingeführt worden ist.

Für mich ist natürlich klar, dass auch bei einem grünen Pfeil nur für Radfahrer die gleichen Re-

geln gelten, wie beim Rechtsabbiegepfeil für alle Verkehrsteilnehmer. Wer die Regeln des grünen Pfeils missachtet, dem drohen ebenso wie Autofahrer*innen drei Punkte in Flensburg und bis zu 75 Euro Geldbuße. Darüber hinaus muss der grüne Pfeil für den Radverkehr so gestaltet werden, dass Missverständnisse ausgeschlossen sind.

In Frankreich und den Niederlanden beschleunigt der grüne Pfeil bereits die Wege des Radverkehrs. Aber nicht nur im europäischen Ausland gibt es entsprechende Vorbilder, an denen man sich orientieren könnte. München führt seit einigen Jahren ebenfalls Versuche durch, mit dem Ziel dem Fahrradverkehr, wo dies gefahrlos möglich ist, Vorrang einzuräumen.

Dafür wurde ab 2006 das bisher nur für den Straßenverkehr geltende Grünpfeilschild auch an Radfahrerampeln angebracht. Ein neues Verkehrsschild war also nicht notwendig. In Berlin geht dies nicht so leicht, da viele Kreuzungen keine gesonderte Radfahrerampel haben.

Die erste Hürde hat die Initiative für den grünen Pfeil bereits genommen. Die Bezirksverordnetenversammlung hat den Vorschlag in den Verkehrsausschuss überwiesen, wo er nun fachlich beraten und anschließend hoffentlich von der BVV beschlossen wird.

Es bleibt also zu hoffen, dass der Antrag in den Ausschüssen beschlossen wird, damit Berlin einen weiteren Schritt auf dem noch langen Weg zu einer fahrradfreundlichen Stadt machen kann





Roland Prejawa
Flüchtlingspolitischer
Sprecher

Alexander
Kaas Elias
Sozialpolitischer
Sprecher

Wilmerdorfer Rathaus wird Flüchtlingsunterkunft

Aus dem ehemaligen Rathaus
Wilmerdorf wird eine
Unterkunft für Geflüchtete.

Am Freitag, den 14. August 2015, geht alles ziemlich schnell: Das Bezirksamt, das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), die Feuerwehr, die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) als künftiger Betreiber besichtigen das Rathaus Wilmerdorf. Vor kurzem erst hat der Bezirk das Gebäude aus Kostengründen aufgeben müssen. Jetzt wird aus den Gerüchten der letzten Tage Wirklichkeit: nicht der Berliner Rechnungshof zieht in das Gebäude, sondern

eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete aus den Krisenregionen dieser Welt entsteht. Durch die permanente Überforderung des LAGeSo kommt es wieder einmal zu einer Beschlagnehmung öffentlicher Gebäude. Dankenswerterweise sind es nicht wieder Turnhallen, in denen keine menschenwürdige Unterbringung möglich ist. Würde die Neuaufstellung des LAGeSo schneller vonstattengehen und das Amt mehr Geld und Personal zur Verfügung haben, könnten Geflüchtete aber weit aus besser untergebracht werden. Wir setzen uns auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene für die Unterbringung in Wohnungen und kleineren Einrichtungen

ein. Wir würden es begrüßen, wenn Berlin und das LAGeSo in diese Richtung denken würden.

Das übliche Vorurteil, es seien einfach zu viele Geflüchtete, widerlegt ein Blick auf die Zahlen: bei über 320.000 Einwohner*innen bieten wir in Charlottenburg-Wilmerdorf bisher nur etwas mehr als 1.000 Menschen Obdach und Versorgung.

Der Senat von Berlin hat die Entwicklung schlicht verschlafen und reagiert zu träge auf die Herausforderung.

Und so sind es einmal mehr die Bürger*innen, die mit überwältigendem ehrenamtlichem Engagement den überhasteten Einzug der ersten Geflüchteten am Freitagabend erst ermöglichen. Während sich die Registrierung der Familien bis in die Nacht hinein zieht, bauen die Bürgerinitiative „Willkommen in Wilmerdorf“ und hunderte Helfer*innen aus ganz Berlin Feldbetten auf, sortieren Kleiderspenden, schließen Waschbecken an, geben Essen aus, kurzum organisieren die Hilfe, zu der die Ämter nicht in der Lage wären. Einmal mehr zeigt sich, wie groß die Hilfsbereitschaft in Berlin ist. Es steht zu erwarten, dass über 500 Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung im Rathaus Wilmerdorf noch lange auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen sein werden. Denn es fehlt noch an vielem. Nicht einmal Duschen konnten in den ersten Tagen zur Verfügung gestellt werden und sollen in dem Hof aufgebaut werden. Aber auch Kleidung, Regale, Hygieneartikel, BVG-Tickets, Kinderwagen und Spielzeug werden hier wie in allen Unterkünften dringend benötigt.

Jede Hilfe zählt!



Spenden werden auch hierbenötigt und können in Absprache mit dem Betreiber dort abgegeben werden. Weiter Informationen dazu gibt es auf der Webseite „Willkommen in Wilmerdorf“: www.willkommen-in-wilmerdorf.de sowie auf Facebook unter „Wilmerdorf hilft“

Müller hat entschieden: das ICC wird saniert

Doch was steckt wirklich dahinter?



□ Mit dem ICC haben wir ein Gebäude im Wartemodus, das durch Heizkosten, Notbeleuchtung und Wachschatz dennoch zwei bis drei Millionen Euro im Jahr frisst. Doch der amtierende Bürgermeister Michael Müller schiebt eine Entscheidung zur effektiven Nutzung weiter auf die lange Bank. Dabei braucht Berlin dringend ein großes Kongresszentrum.

Vorweg: die als „Entscheidung“ kommunizierte Aussage, dass der Regierende Bürgermeister Michael Müller das ICC sanieren will, ist schon die dritte „Entscheidung“ dieser Art nur in dieser Legislatur: Den Anfang machte 2011 die Aussage aus dem Koalitionsvertrag, dass das Internationale Kongresszentrum saniert und anschließend in seiner Funktionalität als Kongresszentrum wieder genutzt werden sollte. Im „Herbst der Entscheidungen“, im September 2012 hieß es dann: „Wir haben einen Durchbruch beim ICC erzielt: Die Fixierung auf einen reinen Kongressstandort ist ausdrücklich aufgehoben und das ICC wird nicht abgerissen. Also haben SPD-Fraktion und CDU-Fraktion vereinbart, 200 Millionen Euro aus Landesmitteln zu geben.“

Doch von einem „Durchbruch“ konnte nicht lange die Rede sein. Bereits seit April 2012 war klar, dass die Sanierung des ICC viel mehr, nämlich 329 Mio. Euro kosten wird. Alle wussten, dass sie mit 200 Mio. Euro nicht hinkommen werden und dass bereits nicht einmal ein Jahr nach Bestehen der Koalitionsvertrag gebrochen wurde.

Denn die Folge dieses Vorgehens war nicht der Start in die Sanierung, sondern ein weiteres Gutachten, das herausfinden sollte, wel-

che Nutzungsmöglichkeiten es für das ICC gibt, wenn das Land Berlin 'nur' 200 Mio. Euro ausgeben möchte. Dieses Gutachten hat CDU-Wirtschaftssenatorin Yzer erstellen lassen und – Überraschung – die für Berlin „wirtschaftlichste“ Variante wäre, aus dem ICC ein Shoppingcenter zu machen. Doch Untersuchungen ergaben, dass ein solches Center andere Handelsstandorte im Bezirk bedrohen würden und damit doch nicht so wirtschaftlich wäre wie gedacht.

So kommt man nun wieder auf den alten Plan zurück und der regierende Bürgermeister meint wieder, mit 200 Mio. Euro soll das ICC saniert und ein Kongresszentrum werden und zwar in „Teilsanierung“ bei der von den insgesamt rund 200.000 qm nur 10.000 qm für Kongresse genutzt werden – das entspricht ca. 5.000 Teilnehmer*innen. Doch dieses Ziel ignoriert nicht nur die zuvor aufgestellten Berechnungen, sondern geht auch am Bedarf von Kongressveranstaltungen vorbei.

Eine Studie, die visit Berlin und die Messe gemeinsam in Auftrag gegeben haben, kam zu dem Ergebnis, dass in Berlin insbesondere eine Lücke geschlossen werden muss für Kongresse mit mehr als 5.000 Teilnehmer*innen.

Darüber hinaus sind all die schönen Pläne nicht wirklich ernst zu nehmen. Denn tatsächlich hat der Senat dem Abgeordnetenhaus im August einen Haushalt vorgelegt, der für 2016 und 2017 nur insgesamt 3 Mio. Euro für die Sanierung des ICC vorsieht: Planungsmittel. Zwei Jahre soll nun geplant werden bevor dann in 2018 Baumaßnahmen beginnen sollen. Damit ist klar: es wurde wieder keine Entscheidung getrof-



Nicole Ludwig
Sprecherin der
Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen für
Wirtschaft, Haushalt &
Tourismus im Berliner
Abgeordnetenhaus

Roland Prejawa
Vorsitzender des
Ausschusses für
Wirtschaft, Ordnung
und Verkehr der BVV
Charlottenburg-
Wilmerdorf



ICC-Modell in der Villa Oppenheim

fen sondern nur vertagt auf die Koalitionsverhandlungen 2016. Bis dahin wird das ICC weiter geschlossen bleiben und an Berlin weitere Kongresse mit tausenden Teilnehmern vorbei gehen.

Wir haben uns als Fraktion im Abgeordnetenhaus dafür ausgesprochen, das ICC zu sanieren und als Kongressstandort wieder zu eröffnen.

Denn ein Kongressstandort für Veranstaltungen im Bereich von 10.000 Teilnehmern

ist in Berlin notwendig. Aus wirtschaftspolitischen Gründen und weil solche Kongresse im Moment in andere Städte abwandern. Deshalb ist es aus Nutzer- und Eigener Sicht ein sinnvolles Projekt. Eine seriöse und im Umfang bescheidene Bedarfs-, Zeit- und Kostenplanung könnte schon jetzt begonnen werden. Es ist verantwortungslos von diesem Senat, ein volkswirtschaftlich so wichtiges Projekt für Berlin noch weiter auf die lange Bank zu schieben.

Unsere Fraktion in der BVV



Jutta Boden

stellv. Fraktionsvorsitzende

Mitglied in den Ausschüssen:

Kultur und Weiterbildung;
Schule; Sport;
Umwelt- und Naturschutz;
Jugendhilfe

Kontakt:

030 – 90 29 14 908
jutta.boden@gruene-cw.de



Susan Drews

stellv. Fraktionsvorsitzende, Sprecherin
für Umwelt & Naturschutz

Mitglied in den Ausschüssen:

Soziales, Gesundheit und Arbeit;
Umwelt und Naturschutz (Vorsitz);
Integration; Kleingartenbeirat

Kontakt:

0176 – 84 84 91 67
susan.drews@gruene-cw.de



Ansgar Gusy

Sprecher für Bürgerbeteiligung und
Liegenschaften

Mitglied in den Ausschüssen:

Stadtentwicklung; Straßen- und Grün-
flächen; Ältestenrat; Bürgerdienste,
Liegenschaften & IT

Kontakt:

030 – 90 29 14 908
ansgar.gusy@gruene-cw.de



Dr. Volker Heise

Stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Mitglied in den Ausschüssen:

Rechnungsprüfung; Straßen- und
Grünflächen (Vorsitz); Stadtentwicklung;
Bürgerdienste, Liegenschaften und IT ;
Denkmalbeirat

Kontakt:

030 – 30 36 25 70
volker-heise@gmx.de



Alexander Kaas Elias

Sprecher für
Soziales & Arbeit

Mitglied in den Ausschüssen:

Soziales, Gesundheit und Arbeit;
Bürgerdienste, Liegenschaften und IT;
Rechnungsprüfung

Kontakt:

0163 – 496 89 75
alexander.kaaselias@gruene-berlin.de



Dagmar Kempf

Wirtschaftspolitische
Sprecherin

Mitglied in den Ausschüssen:

Haushalt, Personal & Wirtschaftsför-
derung; Kultur und Weiterbildung;
Wirtschaft, Ordnung & Verkehr

Kontakt:

dagmar.kempf@gruene-cw.de



Dr. Zitha Poethe

Sprecherin für Kultur

Mitglied in den Ausschüssen:

Kultur & Weiterbildung; Ältestenrat; Gedenktafelkommission & Denkmalbeirat

Kontakt:

030 – 26 03 15 43
zitha.poethe@gruene-cw.de



Dr. Petra Vandrey

Fraktionsvorsitzende,
Schulpolitische Sprecherin

Mitglied in den Ausschüssen:

Schule; Jugendhilfe

Kontakt:

030 – 620 07 70
petra.vandrey@gruene-cw.de



Roland Prejawa

Verkehrspolitischer Sprecher, Asyl- und
Flüchtlingspolitischer Sprecher

Mitglied in den Ausschüssen:

Wirtschaft, Ordnung und Verkehr (Vorsitz); Gender Mainstreaming; Integration (Vorsitz); Vorstand BVV

Kontakt:

0177 – 333 40 85
roland.prejawa@gruene-berlin.de



Christoph Wapler

Fraktionsvorsitzender, Sprecher für
Haushalt und Ordnung

Mitglied in den Ausschüssen:

Haushalt, Personal und Wirtschaftsförderung; Eingaben und Beschwerden; Wirtschaft, Ordnung und Verkehr; Geschäftsordnung; Ältestenrat

Kontakt: 0172 – 385 18 79

christoph.wapler@gruene-cw.de



Linda Schwarz

Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik,
Schriftführerin der BVV

Mitglied in den Ausschüssen:

Gender Mainstreaming; Sport; Soziales, Gesundheit und Arbeit; Geschäftsordnung; Schule

Kontakt:

0176 – 72 50 75 00
linda.schwarz@gruene-cw.de



Jenny Wieland

Sprecherin für Bauen und
Grünflächen

Mitglied in den Ausschüssen:

Stadtentwicklung;
Straßen- und
Grünflächen

Kontakt:

0172 – 307 88 93
jenny.wieland@gruene-cw.de



Sascha Taschenberger

Sprecher für Jugendhilfe

Mitglied in den Ausschüssen:

Haushalt, Personal & Wirtschaftsförderung

Kontakt:

0177 – 79 72 36 50
sascha.taschenberger@gruene-cw.de





ICC - wie weiter?

Wachsende Stadt,
wachsendes Grün

Unternehmerinnen und
Gründerinnenzentrum

BVV-Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf

Geschäftsführung Ansgar Gusy

Rathaus Charlottenburg | Raum 140
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

T 030 9029 14908 | F 030 9029 14914



fraktion@gruene-cw.de



@GrueneBVVCW

www.gruene-cw.de

Sprechzeiten:
montags und dienstags von 14-16 Uhr,
donnerstags von 12-14 Uhr

Impressum

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Redaktion: Ansgar Gusy (ViSdP),
Roland Prejawa, Michaela Gross

Fotos: Ansgar Gusy, Alexander Kaas
Elias, Bernd Schwarz, Roland Prejawa,
Thorsten Knappe, Susan Drews,
Christoph Wapler